

# Überfordert die Kirche katholische Politiker?

## Ein Gespräch mit Werner Remmers

*Die Position von Katholiken in der Politik, speziell auch in den Unionsparteien, ist nicht immer einfach. Sie haben Erwartungen einer in sich gewandelten Partei zu erfüllen, deren Probleme gegenüber der Gesamtpublikum zu berücksichtigen, stehen aber als Unionspolitiker noch mehr als Angehörige anderer Parteien unter dem Erwartungsdruck ihrer Kirche. Wir sprachen darüber mit Werner Remmers, dem früheren Kultusminister und heutigen Vorsitzenden der CDU-Landtagsfraktion in Niedersachsen. Die Fragen stellte David Seeber.*

**HK:** Herr Dr. Remmers, aus Ihrer Partei ist in letzter Zeit häufig die Klage zu hören, es komme immer weniger politischer Nachwuchs aus dem christlichen Bereich, aus den katholischen Verbänden usw. Zugleich klagen gelegentlich katholische Wahlkreiskandidaten, sie kämen in Ihrer Partei gegen „Liberale“ nicht mehr zum Zuge. Und in der Kirche selbst wird der Vorwurf erhoben, Laien zögen sich zu sehr in den innerkirchlichen Bereich zurück. Wie sehen Sie dieses Problem?

**Remmers:** Die Feststellung stimmt. Es kommen immer weniger von ihrem Glauben und von ihrer christlichen Weltanschauung her geprägte und auch entsprechend ausgebildete Personen, Frauen und Männer, in die Politik und auch in unsere Partei. Ich stelle das am allermeisten dort fest, von wo ich selber herkomme. Früher gab es sehr viele Juristen, Volkswirte und Philologen, die zusätzlich zu ihrem Studium in den Instituten für christliche Soziallehre studierten. Sie traf ich später fast durchwegs wieder in der Erwachsenenbildung oder im parteipolitischen Engagement. Dies ist heute ganz anders. Hier wächst überhaupt nichts mehr nach. In der Erwachsenenbildung drängen die Laientheologen noch nach, im politischen Bereich aber auch sie nicht.

**HK:** Gilt diese Feststellung nur für die eigentliche Politik oder auch für den vorpolitischen Bereich?

**Remmers:** Es trifft auch auf dieser zweiten Ebene zu. Die Verbandsarbeit, soweit sie überhaupt noch stattfindet, und andere kirchliche Aktivitäten bilden nicht mehr einfach das politische Vorfeld der CDU. Ideen und Personen gehen dementsprechend auch nicht mehr so zahlreich daraus hervor. In den wenigen katholischen Gebieten Niedersachsens zum Beispiel werden diese Aktivitätsfelder aber besetzt. In den evangelischen Gebieten beobachte ich deshalb mit Interesse, daß die CDU im vorpolitischen Raum Aktivitäten entwickelt vom Jugend-Disco-Abend bis zum Altenachmittag – weil dort der vorpolitische Raum nie so besetzt war. Wir können und wollen aber der katholischen Kirchengemeinde auf diesen Feldern keine Konkurrenz machen, obwohl wir wissen, daß dies nicht einfach auch heute noch unser Vorfeld ist. Es ist dort eben nicht mehr selbstverständlich, daß in der Verbands- oder auch Gemeindearbeit ein

CDU-Mann wie selbstverständlich dazugehört oder eingeladen wird. Hierüber muß nicht nur in der CDU, sondern auch in der Kirche nachgedacht werden.

„Es gibt einen institutionellen Überhang, der personell nicht gedeckt ist“

**HK:** Stimmt also das Erklärungsmuster nicht oder stimmt es nur zum Teil, die Kirche habe im Zuge der Entwicklung des Sozialstaats viele ihrer Tätigkeitsfelder, wo sich dann mit sozialer auch politische Kompetenz formt, verloren? Wenn ich das, was Sie sagen, nicht in erster Linie von ihrer Partei her deute, dann besagt das doch, daß es nach wie vor Tätigkeitsfelder gibt, die von kirchlicher, vor allem von Laienseite ausgefüllt werden könnten, wenn es das entsprechende Personal und Engagement gäbe?

**Remmers:** Wenn Sie jetzt stärker das soziale Engagement in den Blick rücken, glaube ich gar nicht, daß die Kirche im Zuge der Entwicklung des Sozialstaates viele Funktionen als solche abgegeben hat. Die Frage ist nur, ob diese Funktionen und Institutionen hinreichend mit überzeugten und lebendig im Glauben und Kirche stehenden Frauen und Männern ausgefüllt werden können. Es gibt einen institutionellen Überhang, der personell nicht gedeckt ist.

**HK:** Ohne jetzt genau nach dem Zusammenhang von Ursache und Wirkung zu fragen, der sicher sehr komplex ist: zeichnet sich damit nicht „unten“ und im vorpolitischen Raum eine weitgehende Entfremdung zwischen katholischer Kirche (und Teilen der katholischen Bevölkerung) und CDU ab, die nun „oben“ mehr und mehr bemerkbar wird, sei es im Kopfschütteln über bestimmte kirchliche Positionen zu politischen Fragen oder wie im Fall der gegenwärtigen Familienministerin zu Personen in Ihrer Partei oder in Klagen von Katholiken, sie kämen trotz Kompetenz in ihrer „angestammten“ Partei nicht mehr zum Zuge?

**Remmers:** Das sind natürlich viele Fragen auf einmal. Entfremdung zwischen katholischer Kirche und größeren Teilen der CDU-nahen Bevölkerung kann ich nicht feststellen. Auch für die allermeisten politisch engagierten Katholiken ist die Kirche zunächst wirklich Heimat, Zuhause. Man liebt diese Kirche, auch wenn man manchmal daran leidet. Ich finde nur, daß manche Bischöfe und auch manche Laien an uns Politiker und an die Politik Erwartungen richten, die überzogen sind. Es gibt nicht nur eine vordergründige technokratische Machbarkeitsgläubigkeit, es gibt auch eine subtile geistige Machbarkeitsgläubigkeit. Die stelle ich manchmal auch in der Kirche fest. Was Frau Süßmuth betrifft, so

soll man doch zunächst einmal miteinander sprechen. Daß sie nicht so abgewogen und ausgelaut spricht, ist doch gut; bei den Politikerformulierungen, die wie Kieselsteine abgeschliffen sind, die Tausende von Jahren im Rhein gelegen haben, hört doch kein Mensch hin.

*HK:* Es gibt andererseits trotz alledem auch noch eine starke Verflechtung zwischen, sagen wir, katholischer Funktionärsschicht und Unionsparteien. Man braucht sich nur das Zentralkomitee der deutschen Katholiken, dem Sie selbst auch angehören, daraufhin anzusehen ...

*Remmers:* Diese ist längst nicht mehr so stark, wie sie einmal war, und nimmt ständig ab. Und gerade damit tritt ein, was Sie in Ihrer Eingangsfrage festgestellt haben: der Nachwuchs an politisch kompetenten christlichen/katholischen Persönlichkeiten bröckelt, und soweit sich ein neuer Typus des katholischen Laien in der Politik ausprägt, hat die Kirche einige Mühe, ihn in seiner Eigenständigkeit zu akzeptieren.

*HK:* Vermutlich hat das alles noch sehr viel tiefere Ursachen. Die Kirche insgesamt und mit ihr die Laien ziehen sich, orientierungsschwierig wie die bunte moderne Gesellschaft speziell für Christen, aber gewiß nicht nur für sie, nun einmal ist, auf sich selbst zurück, und die Partei geht auf der Suche nach politischen Mehrheiten (wie die Gesellschaft insgesamt) ihre eigenen Wege: unterm Strich sehr viel mehr die der Gesellschaft als die der Kirche. Und Katholiken, soweit sie politisch in ihrer oder – was selten genug ist – in anderen Parteien reüssieren wollen, tun dies auch ...

*Remmers:* Es ist richtig, daß sich Verbände und Gemeinden in der Kirche mehr und mehr mit sich selbst beschäftigen, auch mit den eigenen Strukturen, der Gemeindegestaltung usw., aber auch so, daß sie diese auch nach außen stärker auf eigene Engagementformen – Dritte Welt, Friedensarbeit – beziehen. Im Verhältnis dazu kommen die gesellschaftlich-politischen Fragen, die unsere gesellschaftliche Realität unmittelbar ausmachen, zu kurz. Dies hat Auswirkungen natürlich auch auf meine Partei. Für meine Generation waren Glaube und politisches Engagement, und zwar in bezug auf die unmittelbar sich stellenden Aufgaben, ganz selbstverständlich eng und untrennbar miteinander verflochten. Wir konnten es uns gar nicht anders vorstellen. Gerade das hat sich auseinanderentwickelt mit der fatalen Wirkung, daß überzeugte Christen im eigentlich politischen Feld eher zur Ausnahme werden ...

*HK:* Ist das insgesamt so, daß engagierte Christen, gemessen am Anteil an der Gesamtbevölkerung, in der Politik unterrepräsentiert sind, oder geht es dabei nicht in erster Linie um ein besonders aktuelles Problem Ihrer Partei: daß sie immer noch im Übergang ist von einer stark katholisch geprägten, im Prinzip christlich orientierten Partei zu einer Volkspartei, die sich in der weltanschaulich pluralen Gesellschaft an den Gesetzen der Mehrheitsbeschaffung orientiert?

*Remmers:* Ich glaube schon – jedenfalls ist das meine Er-

fahrung –, daß es insgesamt so ist. Damit will ich spezielle Probleme meiner Partei gar nicht leugnen. Natürlich muß sich auch eine sich auf das Christentum berufende Partei um die Beschaffung von Mehrheiten kümmern, sonst kann sie ja nicht regieren. Aber das schließt nicht aus, daß wir Männer und Frauen gewinnen, die zwar kompromißbereit sind, die sich aber doch als Christen auch in der Politik grundsatztreu verhalten und so Politik auch machen.

*HK:* Aber gerade das scheint immer mehr zum Kernproblem speziell zwischen Ihrer Partei und der katholischen Kirche zu werden: daß immer weiter auseinandergeht, was in der Kirche (vor allem amtskirchlich, aber auch in Teilen der katholischen Laienschaft) an Erwartung da ist und was die Unions- als Volksparteien realisieren wollen und können ...

*Remmers:* Ich bin ganz sicher, daß Bischöfe und auch Laien, wenn sie aus dem kirchlichen Bereich heraus sprechen oder agieren, verschiedentlich von uns Dinge erwarten, die sie, wenn sie die politische Wirklichkeit kennen, uns so nicht abverlangen würden. Das Ausmaß an Mißverständnissen ist so groß, wie die Aufgabe, auch nur ein Minimum christlicher Grundsätze und Wertvorstellungen umzusetzen, schwierig ist. Sie ist so kompliziert, daß sich kirchliche Instanzen manchmal offenbar gar keine Vorstellung machen können, wie Politik im Alltag überhaupt gemacht werden kann. Wir können als Politiker nicht von oben her die Gesinnung der Massen so beeinflussen, daß sie das, was an sich gut ist, auch wollen. Es fällt unserer Kirche manchmal schwer zu realisieren, daß erst von unten wachsen muß, was oben realisiert werden soll. Das ist plurale Demokratie, anders geht es in ihr nicht. Wir müßten uns also mehr darüber unterhalten, wie Menschen dafür gewonnen werden können, für bestimmte Überzeugungen, z. B. bezüglich des Schutzes des ungeborenen Lebens, zum Rollenwandel der Frau usw., nachhaltig einzutreten. Und da ist, meine ich, die Kirche selbst stärker gefordert als jede Partei.

### „Mir fehlen die Hilfen zur Unterstützung der im Prinzip richtigen Forderungen“

*HK:* Haben die von Ihnen zuletzt geschilderten Probleme auch damit zu tun, daß Stellungnahmen zu politischen Fragen aus dem katholischen Raum, gerade aus diesem, immer amtlicher werden? Bischöfe sprechen viel, manchmal auch über Laien hinweg; vielfach scheinen sie damit aber auch den im Laientum entstandenen Leerraum auszufüllen.

*Remmers:* Ich bin unsicher, wie man die Äußerungen von Bischöfen bewerten soll. Sie haben ihr Gewicht, und ich möchte auf sie nicht verzichten. Aber sie sind in den weltlichen Bereichen nicht genügend durch Christen selbst abgedeckt. Deswegen verschleifen sie schnell und bewirken nicht viel ...

*HK:* Wird zuviel „erklärt“, aber in der Kirche selbst zu wenig an Problemen ausgetragen und pastoral umgesetzt?

*Remmers:* Es wird zuviel deklariert, und zu viele Erklärungen sind so, daß eine unmittelbare Umsetzung äußerst schwierig ist. Ich halte es z. B. für richtig und normal, daß Bischöfe auch etwas zur Arbeitslosigkeit sagen. Mir fehlen dabei aber die Hilfen zur Unterstützung der im Prinzip richtigen Forderungen. Wenn ein Bischof z. B. sagt, Arbeitslosigkeit sei auch dadurch zu beheben, daß Ehepaare, die zwei Arbeitsplätze haben, darüber nachdenken, ob sie nicht einen abgeben sollen, dann ist daran etwas Richtiges. Aber wenn wir dabei nicht einfach alte Familien- und Rollenklischees von Frauen weiter mitschleppen wollen, sondern die veränderten Erwartungen gegenüber Berufstätigkeit beachten, dann genügt es nicht, einfach den ethischen Anspruch herauszustellen. Es müssen Hilfen beigesteuert werden, an denen modellhaft klar wird, wie das geht, ohne daß jemand einseitig, in dem Fall meist doch die Frau, die Lasten zu tragen hat.

*HK:* Wie stellen Sie sich in dem konkreten Fall solche Hilfen vor?

*Remmers:* Ich glaube, es könnten vom kirchlichen Raum her Modelle entwickelt werden, an denen gezeigt wird, wie Familie heute unter veränderten Lebensbedingungen und unter veränderten Rollenerwartungen leben kann. Vieles, was an Forderungen aus dem kirchlichen Raum kommt, läuft mir gedanklich und praktisch noch zu sehr in alten Strukturen. Sozialpolitisch bzw. sozialpraktisch wird das gemacht, wofür der Staat per Gesetz bereits die Rahmenbedingungen geschaffen hat und auch die entsprechenden Finanzierungsmöglichkeiten bereithält, aber es ist kaum Zukunftsträchtiges darunter ...

*HK:* Fordern Sie da nicht Ihrerseits zuviel von der Kirche, von denen, die für sie sprechen, und von solchen, die in ihren Gemeinden Verantwortung tragen, wenn Sie erwarten, daß auf kirchlichem Boden wirtschafts- und familienverträgliche Beschäftigungsmodelle entwickelt werden? Wenn sich ein Bischof zu Problemen der Arbeitsverteilung so äußert, wie Sie es geschildert haben, dann ist das ja trotz dabei wirksam werdender überkommener Rollenklischees noch recht wirklichkeitsnah und zurückhaltend. Mehr zu überfordern scheint mir die Kirche Politiker in rechtspolitischen, mit ethischen Fragen unmittelbar zusammenhängenden Sachverhalten ...

*Remmers:* Das hängt aber doch alles ganz eng zusammen. Die Bürger – ich sage bewußt Mann und Frau – haben heute eine ganz bestimmte Vorstellung davon, wie sie leben wollen. Sie wollen nicht mehr ein Familienleben, wie man es sich früher vorgestellt hat, sondern sie wollen neue Formen, in denen die veränderte Rolle der Frau gelebt werden kann. Das impliziert natürlich auch Fragen wie: Beständigkeit der Ehe, unter welchen Bedingungen will man Kinder bekommen, wie gehen sie mit

den alten Menschen um? All dies bedarf einer Überprüfung, und zwar in dem Sinne, daß man neue Voraussetzungen schafft, die es diesen Menschen ermöglichen, so zu leben, wie sie im Grunde leben möchten. Aber man darf dabei natürlich nicht als politische Regel aufstellen, daß dies Helden und Heilige sind, sondern es müssen gesellschaftliche Bedingungen geschaffen werden, damit sie das einigermaßen Richtige – z. B. unter der Bedingung von gleichzeitiger Berufstätigkeit von Mann und Frau – auch tun können. Hier stimmt zwischen Vorstellung und Wirklichkeit einiges nicht. Die ganz normale Frau, der ganz normale Mann wird einfach überfordert, wenn gesagt wird: so und nicht anders müßt ihr's machen. Ich möchte nicht mißverstanden werden: Ich stehe voll hinter all dem, was über das Ja zum Kind, über eheliche Bindung kirchenamtlich gesagt wird: nur müssen auch die konkreten Lebensverhältnisse bedacht werden. Dies scheint mir auch der kritische Punkt in den Vorwürfen gegen Rita Süßmuth zu sein, und ich möchte sie in diesem Punkt ausdrücklich unterstützen.

*HK:* Muß aber das, was man in Ihrer Partei – personifiziert in der Bundesfamilienministerin – jetzt tut, bei der Kirche nicht den Eindruck schlichter Wahlwerbung auf Kosten ethischer Grundsätze machen, wenn eine aus dem katholischen Raum kommende Politikerin mit einem für manche Katholiken ganz unerwarteten Emanzipationspathos Politik macht? Schließlich hat nicht nur Franz Joseph Strauß, sondern haben auch andere mit ihm Rita Süßmuth sozusagen zur wahlentscheidenden Person für 1987 erklärt.

*Remmers:* Ich bin ehrlich der Überzeugung, daß weder die Person Rita Süßmuth noch die Politik, die sie zu machen versucht, von uns aus in erster Linie wahltaktisch verstanden wird. Es mag einige geben – auch an der Spitze der Partei –, die das so sehen. Ich bin aber ganz sicher, daß sie selbst das nicht so sieht und daß die allermeisten, die sie unterstützen, das nicht so sehen. Ich hielte es auch für gefährlich, wenn man Überlegungen und Maßnahmen zur Stärkung der Rolle der Frau – Rolle sage ich lieber als Emanzipation – vornehmlich wahltaktisch einsetzen würde. Für mich geht es dabei um eine ganz langfristige Perspektive: Wir werden nicht wieder zu Familienstrukturen zurückkehren, wie wir sie einmal gelebt haben. Die Frauen werden anders leben, und die Männer werden sich bequem, auch anders zu leben. Und sie werden auch anders arbeiten, nicht mehr im Sinne der herkömmlichen Erwerbsarbeit. Es geht um die Frage, was wir angesichts der immer noch wachsenden Freizeit machen werden, ob wir neue Formen der Nachbarschaftshilfe bekommen, weil Familie z. B. nicht mehr heißen kann, daß alle an einem Platz wohnen und daß, wenn der Vater alt wird, dann auch die Familie da ist und ihn pflegen kann, sondern daß eine Familie möglicherweise den altgewordenen, alleinstehenden Nachbarn betreuen wird. Dafür müssen Selbsthilfestrukturen geschaffen werden. Auch damit unter heutigen Beschäftigungs- und Mobilitätsverhältnissen Familie sein und

diese Kinder bekommen kann, braucht es neue flexible Formen gegenseitiger Hilfe. Für mich geht es da schlicht um die Frage: Wie leben wir in Zukunft, und wie schaffen wir die Voraussetzungen dafür? Da müssen wir die normativen Forderungen zusammenbringen mit den praktischen Gestaltungsmöglichkeiten. Wir können nicht Forderungen stellen und so tun, als ob die Strukturen überall die alten blieben.

*HK:* Die langfristige Perspektive ist respektabel. Aber warum räumen Sie die kurz- und mittelfristige nicht einfach ein? Eine um Mehrheiten ringende Partei hat schließlich ein Recht auf taktisches Verhalten und auf die Sicherung strategischer Vorteile. Für eine Partei wie die CDU könnte es tödlich sein, würde sie die jüngere Frauengeneration überwiegend vernachlässigen oder verlieren. Wenn sie bestimmte Schichten von Frauen, auf die sie als Wählerpotential nicht verzichten kann, für sich einnehmen oder zurückgewinnen will, wird sie in einem Wahlkampf natürlich auch „feministische“ Aspekte zu berücksichtigen haben. Warum wird das zwischen Ihrer Partei und der Kirche nicht einfach offen ausgetragen?

*Remmers:* Ja nun. Bischof Hemmerle sagte einmal vor Jahren: Politiker haben es nicht leicht, insbesondere dann, wenn sie von Grundsätzen ausgehen. Sie müssen die Grundsätze umsetzen, aber sie müssen auch Wählerstimmen bekommen. Dieses Spannungsverhältnis müssen wir ertragen. Aber ich werde nie und nimmer irgendwelche parteitaktischen Winkelzüge mitmachen, wo man ein bißchen Programm, ein bißchen Frauenfreundlichkeit und ein bißchen feministisches Vokabular mixt, und im übrigen stehen wir bei allem gar nicht dahinter. Ich mache nur das mit, wovon ich überzeugt bin, und das ist für mich kein feministisches Vokabular, das scheidet mich aus. Von daher sehe ich die Position von Frau Süßmuth in einem Gesamtzusammenhang. Taktische Überlegungen kommen legitimerweise hinzu, aber sie können nicht die Hauptsache sein. Im übrigen ist es doch so, daß ich doch keine Kreisparteitagsitzung abhalten kann, ohne daß die Rolle der Frau angesprochen wird, und es ist unsere Pflicht, uns solchen Fragen zu stellen.

## „Die CDU ist zu einer Koalition geworden“

*HK:* Ein anderes Beispiel: Um den § 218 haben die Unionsparteien in den letzten Monaten, gelinde gesagt, einen Eiertanz aufgeführt. Die Kirche und Teile ihrer Laien wollen – von sich aus zu Recht –, daß etwas geschieht. Eine kleinere Schicht innerhalb der Partei rezipiert das und trägt es als politische Willensbildung mit. Diese Schicht hat aber keine Aussicht, sich mehrheitlich durchzusetzen, in der Koalition nicht, aber auch in der Union selbst nicht. Eine Verfassungsklage möchte man, will sie aber nicht. Warum sagt man nicht einfach – auch gegenüber der Kirche –, was geht und was nicht geht?

*Remmers:* Die Sache mit dem § 218 ist in mehrerer Hinsicht schwierig, und zwar nicht nur deshalb, weil eine

Gesetzesänderung nicht durchsetzbar ist. Ich halte es für dringend geboten, daß diejenigen in der CDU, die sagen, daß menschliches Leben von Anfang der Schwangerschaft an da ist, ihre Position auch politisch deutlich machen, denn dieses Leben muß von Anfang an geschützt werden. Und die Wähler müssen mindestens wissen, daß es innerhalb der CDU eine Gruppe gibt, die zwar nicht die Mehrheit hat, weder in der Partei noch sonst, aber eine sehr klare Position vertritt. Die Wähler müssen wissen, daß es innerhalb der Partei diese Position gibt. Wenn Fehler gemacht wurden und alles so diffus lief, daß die Leute fragen, ja haben wir denn überhaupt noch Politiker in der CDU, die in dieser Frage eine klare Position vertreten, dann muß sich das die Partei selbst zuschreiben.

*HK:* Aber die moralische Verwerfung der Abtreibung und die Art und Weise, wie das Strafrecht dabei zur Geltung kommt, sind zwei verschiedene Dinge.

*Remmers:* Dazu wollte ich gerade kommen. Ob wirklich geholfen ist, wenn wir sagen, wir kehren zu schärferen strafrechtlichen Bestimmungen zurück, das ist eine andere Frage. Man kann sehr wohl eine sehr klare, die Tötung ungeborenen Lebens ausschließende Position vertreten und dennoch der Meinung sein, schärfere strafrechtliche Bestimmungen würden keine Wunder bewirken. Deswegen müssen wir den Schutz des ungeborenen Lebens auch mehr unter dem Gesichtspunkt helfen statt Strafen diskutieren ...

*HK:* Dieses Motto wurde von der sozialliberalen Koalition zur Legitimierung einer weitestgehenden Liberalisierung des Abtreibungsstrafrechts auch schon verwendet. Damals hörte es die CDU als Oppositionspartei nicht so gerne. Wenn sie es jetzt selber benützt, um eine Gesetzesänderung abzulehnen, wird es nicht glaubwürdiger. Müßte die Union, wenn sie schon selbst in Sachen § 218 keine Klarheit mehr schaffen kann, nicht wenigstens deutlich machen, was sie ist: eine säkulare Partei, die christliches Ethos nicht einfach in Gesetzesform gießen kann?

*Remmers:* Man sagt immer, die Unionsparteien und ihr Ethos. Wir haben ja einen Punkt eingangs bereits angesprochen: das Fehlen bzw. die geringer werdende Zahl von politischen Persönlichkeiten, die aus festen christlichen Bindungen kommen. Der andere Grund: die CDU ist eine breite, in sich plurale Volkspartei. Sie ist im Unterschied zum Zentrum noch während der Weimarer Republik keine Minderheitenpartei mehr. Das Zentrum war immer eine solche und blieb deswegen notwendigerweise immer auf Koalitionen angewiesen. Die Union ist faktische oder wenigstens potentielle Mehrheitspartei. Die Folge davon: die CDU ist in sich zu einer Koalition geworden, die Kompromisse, die früher mit anderen Parteien geschlossen wurden, müssen in der Partei selbst gesucht werden. Wenn man heute die ganze Union vereinbaren will für ein bestimmtes Ethos, dann bedenkt man nicht hinreichend, daß es sich bei den Unionsparteien um solche innerparteilichen Koalitionen handelt.

*HK:* Dann muß sich die Union aber auch redlich die Frage stellen, welchen Sinn das C für sie hat bzw. haben kann. Die von ihnen genannte innerparteiliche Koalition steht ja mehr oder weniger deutlich im Parteiprogramm: liberales, konservatives, christlich-soziales Element. Aber je nach Opportunität tut man dann doch so, als ob christlicher Glaube bzw. die in ihm grundgelegten Lebensregeln wirklich Richtschnur wären, obwohl sie das von der Zusammensetzung der Partei her gar nicht sein können ...

*Remmers:* Ich neige dazu, dies sehr stark historisch zu sehen. Aber wir müssen auch beachten, daß christliche Grundsätze und Werte immer noch in den Unionsparteien am ehesten eine Chance haben, beachtet zu werden. Und es ist in der Union sicher so, daß christliche Grundüberzeugungen auch für diejenigen von Bedeutung sind, die sich selbst nicht als bekennende Christen verstehen. Das Christliche stellt immer noch auch für die Partei als ganze eine Klammer dar, auch wenn lange nicht mehr alle in gleich starker Weise davon erfaßt sind. Auch der ökumenische Ansatz, hervorgegangen aus der Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus und aus dem Ende des Dritten Reiches, ist dabei zu beachten. Die Selbstverständlichkeit, mit der evangelische und katholische Christen in der Union zusammenarbeiten, speziell bei uns in Niedersachsen, macht einen eigenen Wert der Partei aus. Aber daß wir nicht nur in einer pluralistischen Gesellschaft leben, sondern daß auch die Union als eine große Volkspartei davon geprägt ist, muß ebenfalls als eine Selbstverständlichkeit akzeptiert werden. Darüber sollte sich auch unsere Kirche nicht wundern, sie hat das Problem ja auch in sich selbst.

*HK:* Eine gewiß politische, aber vielleicht noch mehr persönliche Frage: Kann die traditionelle Verbindung von Kirche und Partei für einen katholischen Unionspolitiker heute überhaupt noch wünschenswert sein? Oder muß er sich als Christ wie als Politiker seiner Partei eher wünschen, daß Christen möglichst in allen Parteien mitarbeiten? Ist damit für das Christentum *und* für Ihre Partei im Grunde nicht mehr gewonnen bzw. wäre zu gewinnen?

*Remmers:* Ich habe hierzu eine weniger grundsätzliche als pragmatische Meinung. Einerseits bin ich froh über jeden Mitchristen, der sich in irgendeiner demokratischen Partei engagiert. Andererseits werbe ich aber auch immer dafür, daß die Christen sich besonders in meiner Partei versammeln. Sosehr es richtig ist, daß jeder Christ da, wo er gerade steht, Sauerteigfunktion hat und wahrnehmen kann, so sehr weiß ich auch, daß es in der Politik und in den Parteien immer darum geht, zusammenzuhalten, eine Gruppe zu haben. Und deshalb plädiere ich nach wie vor dafür, daß es einen guten Sinn macht, sich gemeinsam in der CDU zu engagieren. Es kommt ja noch hinzu, daß die CDU nun wirklich aus ihrer geschichtlichen Entwicklung heraus wie auch in dem, was heute von den meisten CDU-Mitgliedern vertreten wird,

den christlichen Überzeugungen deutlich nähersteht. Ich meine deshalb, daß wir zu dem C in unserem Parteinaamen stehen sollten.

*HK:* De facto ist Ihre Partei eine Koalition aus christlichen und säkularen Elementen, aber in einem Teil der katholischen Wählerschaft wird sie doch so verstanden, als sei sie nur ein um einen evangelischen Wähler- und Mandatsträger teil erweitertes Zentrum. Und die Partei tut diesem Teil der (katholischen) Wählerschaft gegenüber auch so, als ob sie das wäre. Ist hier ein Klärungsprozeß nicht überfällig?

*Remmers:* Soweit dies tatsächlich so ist, hat die Union einen Klärungsprozeß sicher noch vor sich. Dabei wird es vor allem darauf ankommen, daß sich evangelische und katholische Christen zusammensetzen und gemeinsam überlegen, was in der innerparteilichen Koalition Union an christlicher Substanz wirklich überzubringen ist. Deshalb muß auch Schluß gemacht werden mit dem hier und da noch auftretenden Abzählen von katholisch und evangelisch zu besetzenden Positionen. Gemeinsam müssen wir an christlichen Grundüberzeugungen soviel überbringen wie nur irgend möglich. Wir haben dann keine Kraft mehr übrig für solche Konkurrenz.

### „Erwartungen, die überhaupt nicht mehr erfüllt werden können“

*HK:* Andererseits wird gegenwärtig gerade auch in der katholischen Kirche das Element der sozial und ökologisch Sensiblen stärker. Diese finden dann eher in anderen Parteien, in der SPD oder bei den Grünen, eine Heimat. Kann von daher das Zukunftsziel der Union überhaupt noch ein anderes sein als das einer wirtschaftsliberalen, bürgerlichen Volkspartei, die ganz unterschiedliche Elemente integriert?

*Remmers:* Ich werde die Aufgabe der Christen in der CDU immer darin sehen, das spezifisch Christliche einzubringen. Aber ich sehe eine Partei auch nicht als eine Art Heimat, wo alles stimmig gemacht und integriert werden muß. Für mich ist die Partei ein Instrument zur Durchsetzung einer bestimmten Politik. Dieses Instruments muß man sich bedienen. Dazu muß man es in seinen inneren Kräfteverhältnissen kennen. Man muß wissen, wer zieht dort und wer zieht da, wer denkt in dieser Frage so und in jener anders, und muß sehen, daß dorthin gezogen wird, wohin man ziehen möchte. In dieser Konstellation haben wir Christen eine ganze bestimmte Aufgabe. Ich sage nie zu jemandem, der in die CDU kommt, er möge sich in ihr für alles gleichermaßen engagieren. Sondern ich sage: Geh in die CDU, weil dort die Richtung, die ich mir für Christen vorstelle, am ehesten zum Zuge kommt. Das kann dann einmal mehr, ein andermal weniger sein. Im übrigen sehe ich mich in der Lage nachzuweisen, daß junge Menschen, die sozial und ökologisch engagiert sind, gerade bei uns ihr Feld finden können. Meine Vorstellung von einer langfristigen Poli-

tik – gerade sozial und ökologisch, und das in Balance mit der Wirtschaft – schafft mir immer wieder viele jugendliche Anhänger. Leider wird uns in der Politik von der christlichen Soziallehre her in diesen Jahren, wo wir vor einem gewaltigen Umbruch unserer sozialen Strukturen stehen, sehr wenig zugearbeitet.

*HK:* Hat – ich frage Sie als Katholik – nicht auch die Kirche in bezug auf Ihre Partei ein sehr ungelöstes Problem noch vor sich, insofern sie nach wie vor gewohnt ist, die Unionsparteien sozusagen als ihre Parteien zu betrachten mit der Folge, daß sie meint, manches direkt über die Partei oder von der Unionspartei getragene Regierungen zu erreichen, kirchenamtlichen Einfluß auf Kandidatenaufstellung u. ä. Auf jeden Fall scheint sie die Grenzen bzw. die Möglichkeiten einer Volkspartei in dieser Beziehung zu übersehen.

*Remmers:* Davon bin ich überzeugt. Deswegen überfordert sie uns als Politiker ja auch, indem sich Bischöfe oder auch sonst kirchliche Persönlichkeiten so verhalten, als wären wir noch das Zentrum. Das sind wir längst nicht mehr und können wir auch nicht mehr sein. Das sind Erwartungen, die überhaupt nicht mehr erfüllt werden können. Es kommt deshalb weniger darauf an, überzogene Forderungen zu stellen, sondern zu überlegen, wie bekommen wir möglichst viele Christen dazu, sich zu engagieren, auch in dieser Partei.

*HK:* Aber politisch potente Leute – Rita Süßmuth scheint mir ein gutes Beispiel zu sein, sie ist immerhin wie Sie auch Mitglied des Zentralkomitees – dürften sich kaum noch engagieren am kurzen Zügel der Kirche, sondern als Christen, die zwar zu den grundlegenden Moralgrundsätzen der Kirche stehen, die sich aber politisch sozusagen als Katholiken auf eigene Rechnung äußern und sich durchzusetzen versuchen. Die Partei in ihren führenden katholischen Persönlichkeiten macht dies ja auch klar, wenn z. B. Heiner Geißler die Kirchen in sorgfältig zwischen katholischen Bischöfen und protestantischen Pastoren nicht unterscheidender Manier den Kirchen öffentlich und nachdrücklich rät, sich mit den letzten und weniger mit den vorletzten Dingen zu beschäftigen ...

*Remmers:* Das muß nicht so sein. Ich persönlich habe auch nie den Eindruck gehabt, daß meine Kirche mich am kurzen Zügel halten wollte. Ich halte es auch für ganz normal, daß die Kirche gegenüber Politikern eine fordernde Kirche ist, wenn es um ethische Fragen geht. Das empfinde ich auch nicht als überzogen. Das einzige, was ich für ein Problem halte, ist, daß sie ihre Forderungen häufig ohne Beachtung der Durchsetzungsmöglichkeiten stellt und auch nicht hinreichend Vorstellungen und Modelle entwickelt, die zeigen, wie das, was sie fordert, politisch, gesetzlich realisiert werden kann. Im übrigen halte ich Heiner Geißlers Äußerung für mindestens mißverständlich. Der eigentliche Witz des Christentums besteht doch gerade darin, zwar die letzten und die vorletzten Dinge unterscheiden zu können, aber sie doch

zusammenzusehen, und zwar so, daß es nichts Vorletztes gibt, das nicht unter dem Wissen um das Letzte betrachtet werden müßte.

*HK:* Liegt das Problem letztlich nicht daran, daß die Kirche immer noch zuwenig die Folgerungen zieht aus der auch von ihr theoretisch anerkannten Eigenständigkeit der verschiedenen Sachbereiche und auch zwischen der moralischen Norm in sich und ihrer rechtlichen Ausgestaltung zuwenig unterscheidet?

*Remmers:* Ich halte es für das legitime Recht der Kirche, zu sagen z. B., wie es um das Recht auf Leben bestellt ist und wie es geschützt werden muß. Wie es verwirklicht wird, wie wir es in Recht umsetzen und wie wir unsere Gesellschaft gestalten oder was wir im einzelnen sozialpolitisch tun, dies ist die ureigenste Aufgabe der Politiker und erwächst aus der Eigenständigkeit der Sachbereiche und aus ihrem Mandat. Dabei halte ich ausdrücklich aufrecht, was ich über das Letzte und Vorletzte gesagt habe. In der Wirklichkeit ist das alles natürlich nicht so sauber zu trennen, wie es die Betroffenen jeweils gerne haben möchten; da wird es immer wieder Überschneidungen geben. Aber ich möchte mich jetzt nicht im einzelnen auf eine rechtsethische Debatte einlassen ...

## „Das gesellschaftliche Engagement muß vor allem vor Ort stattfinden“

*HK:* Sie haben vorhin gesagt, es komme weniger auf die Formulierung von Forderungen aus der Kirche an als darauf, wieder mehr Christen an die politische Front zu bringen. Wie soll dies geschehen, wenn wir einmal davon ausgehen, daß die alten parteipolitischen Zuordnungen sich auflösen und sozusagen neue Transmissionsriemen noch nicht sichtbar sind?

*Remmers:* Ich glaube, daß die Rückbesinnung der Christen auf ihre Gemeinde, auch im Sinne der Ortsgemeinde in einer Freizeitgesellschaft, wie wir sie heute haben, nicht rein negativ zu sehen ist. Von den Gemeindekernen her können über den gottesdienstlichen Raum hinaus auch über das Medium von Basisgemeinschaften wieder mehr Katholiken in das gesellschaftliche Tun hineinwachsen. Meine Hoffnung ist, daß aus dem Rückzug aus den Orientierungsschwierigkeiten der modernen Welt jenseits bürokratisch staatlicher oder auch der bisher wirksamen gesellschaftlichen Kräfte die Bereitschaft wächst, sich von der eigenen Lebensbasis her wieder mehr mit gesellschaftlichen Problemen moderner Lebensgestaltung auseinanderzusetzen. Ich hoffe, daß auf diese Weise sich gerade für Christen wieder Zugänge zu erlebbarer politischer Verantwortung auftun. Einen kürzeren Weg sehe ich nicht.

*HK:* Tun wir Katholiken uns in Deutschland dabei insofern besonders schwer, neue Strukturen und Modelle zu entwickeln bzw. solche sich aus sich heraus entwickeln zu lassen, weil unser Katholizismus sehr formiert ist, aber die Strukturen Verbände etc., auf denen die Formen

aufzuheben, wenig mehr tragen. Was müßte sich da eigentlich im katholischen Laientum als politischem Vorfeld ändern?

*Remmers:* Wir müssen, glaube ich, weil mit den Verbandsstrukturen manches nicht mehr so läuft wie früher, einfach die Chance nutzen, von den Gemeinden her zu neuen Formen des Einsatzes zu kommen. Ich sehe keine neuen Ansätze in den Verbandsstrukturen. Was von den Verbänden an Aktivität geblieben ist, bei Kolping, KAB usw., wird inzwischen ja auch schon in erster Linie im gemeindlichen Bereich wirksam.

*HK:* Aber wie soll im Katholischen und überhaupt – das ist ja ein großes gesamtgesellschaftliches Problem geworden – von den erfahrbaren Gemeinschaften und Lebensräumen her der Ausgriff auf die sozialen und politischen Großstrukturen erfolgen? Denn wie ein Gemeinwesen aussieht, wird letztlich doch dort entschieden. Jedenfalls wird nur dort Politik im großen gemacht?

*Remmers:* Gerade weil das so ist und weil sich unsere Ge-

sellschaft zugleich in ihren Kapillaren in den Kleingruppen und -gemeinschaften verändert, scheint es mir notwendig zu sein, daß das gesellschaftliche Engagement vor allem vor Ort stattfindet. Gerade für das Engagement der Katholiken scheint mir dieser lokale Bereich grundlegend zu sein. Dort können Katholiken, Christen lernen, mit gesellschaftlichen Problemen umzugehen. Und wenn sie das gelernt haben, können sie um so leichter bzw. kompetenter ihren Mann bzw. ihre Frau in den ganz normalen weltlichen Strukturen und Organisationsformen stellen: in Parteien, Gewerkschaften, Verbraucherverbänden oder wo immer. Daß wir in unserer Art von Gesellschaft zu allem jeweils noch eine katholische Organisation halten können, daran glaube ich nicht mehr. Das haben wir schon bei den Gewerkschaften nicht geschafft, und wir kriegen heute auch keine katholische Partei, keinen katholischen Rundfunk und möglicherweise auch keinen katholischen Hausfrauenverband mehr daneben. Mir scheint das auch nicht mehr notwendig zu sein.

## Entwicklung durch Selbsthilfe

### Ein neuer Ansatz in der deutschen Entwicklungspolitik?

*Eine Arbeitsgruppe im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ) hat in den letzten 2½ Jahren anhand einer Reihe von Fallstudien ein Konzept zur Stärkung von Selbsthilfegruppen in der Entwicklungsarbeit in Entwicklungsländern erarbeitet. Der parlamentarische Staatssekretär im Ministerium, Volkmar Köhler, trug die Grundgedanken daraus Ende Januar in einem Referat vor der Kölner Gesellschaft zur Förderung der Entwicklungsforschung e. V. vor. Wenn die Vorschläge zu einer Leitidee von Entwicklungspolitik werden sollen, bedürfen sie einer breiten Diskussion. Wir geben deshalb die Ausführungen Köhlers (leicht gekürzt) im Wortlaut wieder.*

#### 1. Warum Selbsthilfe?

Die öffentliche Kritik an der Entwicklungshilfe verlagert sich zunehmend von Einzelaspekten auf ihre Wirksamkeit insgesamt. Die Frage nach dem Sinn der Entwicklungshilfe erwächst aus der Tatsache, daß die Armut in der Dritten Welt nicht ab-, sondern zum Teil sogar rapide zunimmt. Daß die Bekämpfung der Armut bisher nicht besser gelungen ist, ist der Kern der Verunsicherung. Offensichtlich erreicht die Entwicklungszusammenarbeit (EZ) tatsächlich nicht ausreichend die Zielgruppen, die sie sich zu erreichen bemüht. Die wesentlichen in der Diskussion vorgebrachten Gründe scheinen die folgenden zu sein:

- Zunächst einmal geht es um die ungenügende Anpassung der Entwicklungszusammenarbeit an die Bedingungen der Entwicklungsländer (EL), worauf insbesondere die Diskussion um die sozio-kulturellen Faktoren hinweist.
- Wir werden ferner gefragt, ob die EZ nicht zu stark auf dem Gedanken des Transfer aufbaut, sei es der von gesellschaftspolitischen Konzepten, oder der Transfer von Technik, welcher sich als unangemessen erweist, weil Technik nicht nur Maschine ist, sondern dort eingreift in gewachsene Lebensformen der Menschen, z. B. der Handwerker. Oder der Transfer von Kapital, welcher die Eigenanstrengungen der Länder und der Menschen verdeckt oder erstickt, statt darauf aufzubauen.
- Kritik wird auch geübt an den Regierungen der Entwicklungsländer und der Wirksamkeit der staatlichen Stellen der Entwicklungsländer, mit denen die bilaterale staatliche Zusammenarbeit durchgeführt wird.

Die aufgeführten Einzelprobleme sind keineswegs neu. Allerdings verlangt die fortdauernde Verschlechterung der Lebensbedingungen breiter Teile der Bevölkerung in Entwicklungsländern immer dringender eine konstruktive Antwort, wie die Kluft zwischen unserem Anspruch, die Lebensbedingungen und die Arbeitsproduktivität der Armen zu verbessern und die ökologischen Lebensgrundlagen zu sichern, und der Realität der EZ zu schließen ist.